

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1916

116 (11.3.1916) Mittag-Ausgabe

Badischer Beobachter

Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei

Postfach:
Karlsruhe 4314

Fernsprecher 533

Erscheint an allen Wochentagen in zwei Ausgaben — Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger angeheftet vierteljährlich M. 2.90, von der Geschäftsstelle oder den Abagern abgeholt, monatlich 65 Pf. Auswärts (Deutschland) Bezugspreis durch die Post M. 3.35 vierteljährlich ohne Postgebühren, bei Vorauszahlung. Bestellungen in Österreich-Ungarn, Luxemburg, Belgien, Holland, Schweiz bei den Postämtern. Ledriges Ausland (Belgien) M. 3.50 vierteljährlich durch die Geschäftsstelle. Bestellungen jederzeit, Abbestellungen nur auf Vierteljahrsbasis.

Beilagen:
Je einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“
das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familienkreis“ und „Blätter für Haus- und Landwirtschaft“
Wandkalender, Tafelkalender usw.

Anzeigenpreis: Die nebenstehende kleine Zeile oder deren Raum 25 Pf., Restraum 60 Pf. Platz, Klein- und Stellen-Anzeigen 15 Pf. Platz-Vorschrift mit 20 % Aufschlag. Bei Wiederholung entsprechender Nachzahlung nach Tarif.
Bei Nichterhaltung des Zieles, Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontroversen ist der Nachzahlungspflichtig. Beilagen nach besonderer Vereinbarung.
Anzeigen-Anträge nehmen alle Anzeigen-Vermittlungsstellen entgegen.
Schluss der Anzeigenannahme: Täglich vormittags 8 Uhr, bzw. nachmittags 3 Uhr.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße 42, Karlsruhe.

Notationsdruck und Verlag der „Badenia“, A.-G. für Verlag und Druckerei, Karlsruhe Albert Hofmann, Direktor

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton, F. v. Meier; für Ausland, Nachrichten, Handelsteil und den allgemeinen Teil: Franz Wahl
Erscheinenszeiten: von halb 12 bis 1 Uhr mittags

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Franz Pfeiffer in Karlsruhe

Vom Krieg

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 10. März. (W.A.B.) Amtlich wird verlautbart vom 10. März 1916:

Russischer und südsibirischer Kriegshaupplatz. Nichts Neues.

Italienischer Kriegshaupplatz.

An der italienisch-österreichischen Front unterhielt die italienische Artillerie stellenweise ein mächtiges Feuer, das nur vor dem Dolomiten Brückenkopf lebhafter wurde. An der Kärntner und Tiroler Front ist die Gefechtsstärke nicht wie vor gering. Durch eine Untersuchung wurde festgestellt, daß die Italiener diesmal im Kambon-Gebiet Gasbomben verwendeten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Die neue Mitteilung Deutschlands an Amerika.

Berlin, 10. März. (W.A.B.) Der Kaiserliche Gesandter in Washington hat im Auftrage der kaiserlichen deutschen Regierung dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten folgende Mitteilung gemacht:

Die kaiserliche Regierung legt Wert darauf, die bisherige Entwicklung noch einmal mit aller Offenheit zu präzisieren, die den freundlichen Beziehungen der beiden großen Völker und dem ehrliehen Wunsch der kaiserlichen Regierung, diese vor allen Teilnehmern zu bewahren, entspricht.

Bei Beginn des Krieges hat die deutsche Regierung sich auf den Vorschlag der Vereinigten Staaten von Amerika sofort bereit erklärt, die Londoner Seekriegsrechtsklärung zu ratifizieren. Die deutsche Botschaft in London hat sofort auf Grund der Bestimmungen der Londoner Seekriegsrechtsklärung ohne jede Einschränkung erklärt, daß die geltenden Bestimmungen des Völkerrechts, die den legalen Handel der Neutralen auch mit den Kriegführenden und die Freiheit des Meeres sicherten, deutschseits in vollem Umfange berücksichtigt werden sollen.

England lehnte es im Gegensatz hierzu ab, die Londoner Seekriegsrechtsklärung zu ratifizieren und begann nach Abbruch des Krieges den legalen Handel der neutralen Staaten zu beschränken, um dadurch Deutschland zu treffen. Den systematischen Verschärfungen der Kontrobandebestimmungen vom 5. August, 20. August, 21. September und 29. Oktober folgte am 8. November 1914 ein Erlaß der britischen Admiralität, daß die ganze Nordsee als Kriegsgebiet anzusehen sei, in der die Handelschiffahrt jeder Art den schwersten Gefahren durch Minen und Kriegsschiffe ausgesetzt sei. Ein Protest der neutralen Staaten hatte keinen Erfolg. Schon von diesem Zeitpunkt an gab es kaum noch eine Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland.

Zum Februar 1915 sah Deutschland sich gezwungen, Gegenmaßnahmen zu treffen, die das völkerrechtswidrige Verfahren der Gegner bekämpfen sollten und wählte für die Gegenmaßnahmen neue Kriegsmittel, deren Verwendung im Völkerrecht überhaupt noch nicht geregelt war. Es brach damit kein geltendes Recht, sondern trug nur der Eigenart der neuen Waffe des U-Bootes Rechnung. Der Gebrauch der neuen Waffe mußte die Bewegungsfreiheit der Neutralen einschränken und bildete eine Gefahr, der durch eine besondere Warnung begegnet werden sollte entsprechend der vorausgegangenen englischen Warnung vor den Gefahren des Kriegsgebietes der Nordsee.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika trat, da beide kriegführenden Parteien in der deutschen Note vom 17. Februar 1915 und in der englischen Note vom 18. und 20. Februar 1915 den Anspruch erhoben, daß ihr Vorgehen nur eine Verrückung der Rechtsbrüche der Gegner sei, an beide kriegführende Parteien heran, um nochmals zu veranschaulichen, daß vor dem Kriege anerkannte Völkerrechtswörter zur Geltung zu bringen. Sie forderte seinerseits Deutschland auf, den Gebrauch seiner neuen Waffe den Bestimmungen für die alten Kriegsmittel anzupassen, andererseits England Lebensmittel für die nichtkämpfende Bevölkerung

Deutschlands zur Verteilung unter amerikanischer Kontrolle passieren zu lassen. Deutschland erklärte am 1. März 1915 seine Bereitwilligkeit, während England am 15. März eine Verständigung aufgrund der amerikanischen Vorschläge ablehnte. England beseitigte sogar durch seine Ordre vom 11. März 1915 den letzten Rest der völkerrechtlichen Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland und dessen neutralen Nachbarländern. Der Zweck war, Deutschland durch Ausschaltung der weiteren Verläufe des Krieges, nachdem bei verschiedenen Gelegenheiten gegen seinen Wunsch und Willen neutrale Bürger ums Leben gekommen waren, in der praktischen Verwendung seiner U-Bootwaffe den Wünschen der amerikanischen Regierung in so entgegenkommender Weise, daß die Rechte der Neutralen auf den legalen Handel tatsächlich deutschseits überall unbeschränkt waren. Aber England machte die Ausübung des völkerrechtlich geregelten Handels der Unterseeboote nunmehr dadurch unmöglich, daß es nahezu sämtliche Handelschiffe bewaffnete und einen angreifswerten Gebrauch der Geschütze anordnete. Photographien englischer Befehle sind den neutralen Regierungen mit einer Denkschrift am 8. Februar 1916 ausgestellt worden. Die Befehle widersprechen direkt den Erklärungen des englischen Botschafters in Washington vom 25. August 1914.

Die deutsche Regierung hat gehofft, daß dieses Tatsachenmaterial den neutralen Regierungen auf Grund der von den Vereinigten Staaten am 23. Januar 1916 gemachten Entwarnungsvorschläge sie insofern helfen würde, die Entwarnung der Handelschiffe durchzuführen. Tatsächlich ist aber die Bewaffnung mit Geschützen von unseren Gegnern mit großer Energie weiter betrieben worden. Der Grundlag der amerikanischen Regierung, ihre Bürger von feindlichen Handelschiffen fernzuhalten, wurde von England und seinen Alliierten dazu benutzt, Handelschiffe für den Angriff zu bewaffnen. So können Stahlfabrik-Schiffe U-Boote leicht zerstören und sich im Falle des Mißlingens ihres Angriffs durch die Anwesenheit amerikanischer Bürger an Bord geschützt glauben.

Der Befehl des Waffengebrauchs wurde ergänzt durch die Weisung an die Führer der Handelschiffe, falsche Flaggen zu führen und U-Boote zu rammen. Nachrichten über ausgedehnte Prämien und Verleihung von Ehrenzeichen an erfolgreiche Handelschiffführer zeigen die Wirkung dieser Befehle.

Diesem englischen Vorgehen haben sich die Verbündeten angeschlossen. Jetzt steht Deutschland vor der Tatsache:

- a) daß eine völkerrechtswidrige Blockade (Bergleiche amerikanische Note an England vom 5. November 1915) seit einem Jahre den neutralen Handel der deutschen Seiten fernhält und Deutschlands Ausfuhr unmöglich macht,
- b) daß völkerrechtswidrige Verschärfungen der Kontrobande-Bestimmungen (siehe amerikanische Note an England vom 5. November 1915) seit 1 1/2 Jahren den für Deutschland in Frage kommenden Seeverkehr der neutralen Länder verhindert,
- c) daß völkerrechtswidrige Eingriffe in die Post (siehe amerikanisches Memorandum an England vom 10. Januar 1916) jede Verbindung Deutschlands mit dem Ausland zu verhindern streben,
- d) daß die systematisch gesteigerte Bergemal-tigung der Neutralen nach dem Grundsatz „Macht über Recht“ den Verkehr mit Deutschland über die Landgrenzen unterbindet, um die Hungerblockade der feindlichen Bevölkerung der Zentralmächte zu vervollständigen,
- e) daß Deutsche, die von unseren Feinden auf See angetroffen, ohne Rücksicht, ob sie Kämpfer oder Nichtkämpfer sind, der Freiheit beraubt werden,
- f) daß unsere Gegner Handelschiffe für den Angriff bewaffnen und dadurch die den Angriff bewaffnen nach den Grund-Bestimmungen der Londoner Deklaration unmöglich machen der haben (siehe deutsche Denkschrift vom 8. Februar 1916).

Das englische Weisbuch vom 5. Januar 1916 über die Unterbindung des deutschen Handels rühmt, daß durch diese Maßnahmen Deutschlands Ausfuhr fast völlig unterbunden ist und seine Ausfuhr von dem Wohlbefinden Englands abhängig gemacht ist. Die kaiserliche Regierung darf hoffen, daß ein möglicher freundschaftlicher Vergleich, die in einer hundertjährigen Vergangenheit zwischen den beiden Völkern bestanden, der hier durch den Standpunkt trotz der durch das Vorgehen unserer Feinde erschwerten Verständigung zwischen den beiden Völkern von dem Volk der Vereinigten Staaten gewürdigt werden wird.

Das englische Ziel.

II.

Unsere Gegenmittel.

Nur um die Verwirklichung der ebenso erbarungslosen, wie niedrigen Ziele der völligen wirtschaftlichen und politischen Demütigung Deutschlands zu versuchen, glaubte England damals ohne weiteres in die Reihen unserer Gegner eintreten zu sollen. England mußte zwar im Verlaufe des Krieges immer mehr einsehen, daß es mit militärischen Mitteln unser herrliches Meer nicht besiegen könne. Es mußte auch erkennen, daß wir finanziell und wirtschaftlich hervorragend gerüstet waren, und unfähig ist ihm — auch uns dünkt es ja ein Wunder! — daß wir in diesen Dingen heute, im zwanzigsten Kriegesmonat, noch unerschütterlich dastehen. Darum muß alles Sinnen und Trachten Englands darauf ausgehen, unbekümmert um die ihm sauer genug folgenden unernteichen Opfer, die wie es glaubt, einestige Gelegenheit zur endgültigen Vereinfachung eines lästigen Konkurrenten zu benutzen, um seine auf Unterdrückung und Tyrannei und auf Mißachtung wohl erworbener Rechte gegründete Herrschaft, die namentlich wirtschaftlich bedenklich ins Wanken geraten war, wieder zu befestigen.

Von Tag zu Tag wachsen für England die Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, es muß zur Hilfe der ungemessen schwer auf ihm lastenden Frachtraumnot Neutralen zum Diebstahl deutscher Schiffe, die in englische Dienste gestellt werden sollen, veranlassen, und es beeinflusst mit dem größten Nachdruck nun auch Amerika in diesem Sinne, dem in angelegenen englischen Forderungen der Nutzen seines Ansehens an England in den todesbleichen Farben geschildert wird. So schreibt nicht etwa irgend ein Phantast in einem bedeutungslosen Blatte, sondern die verbreitete und sehr geachtete englische Zeitschrift „The Times“ Centum, daß „selbstverständlich“ Deutschland bei seinem Unterliegen „seine Kriegsschiffe und Handelsflotte opfern“ müsse, und daß es dann in Amerika's Händen liege, dafür zu sorgen, daß „für die nächsten hundert Jahre kein deutsches Schiff den Ozean befahren dürfe“. Würde Deutschland im Besitze seiner Seemacht bleiben, dann würde es in der Lage sein, „innerhalb zweier Wochen eine Million Soldaten an die amerikanische Küste“ zu bringen. Amerika habe es insofern nicht nötig, eine große Kriegsschiff-Flotte zu bauen, denn die durch die deutschen Schiffe verstärkte englische Flotte werde den Seehandel Amerikas schon übernehmen! Aus letzterer Aeußerung spricht sich geradezu förmlich die Sorge Englands, daß Amerika sich zur See eine Stärke verleihe, die ihm die wirksame Geltendmachung seiner Interessen in den Meeren der japanischen Amerikaner (1) die Ausstrahlung der japanisch-amerikanischen Gegensätze vollkommen in die Hand gäbe.

Alles das zeigt uns, worauf England hinaus will: vollkommene Berührung der deutschen wirtschaftlichen Macht im In- und Auslande, sowie namentlich in der Hebersee! Mit Erreichung dieses Zieles wäre der politische Einfluß Deutschlands naturgemäß ebenfalls besiegelt.

Die Betrachtung dieses Zieles sollte uns stets darüber belehren, was eigentlich bei dem großen Ringen für uns als Staat und Volk, für unser ganzes Wirtschaftsleben auf dem Spiele steht. Nicht oft und ernst und eindringlich genug können diese Dinge behandelt werden, die uns des ferneren immer wieder vor Augen führen, daß auch unsererseits nur die Anwendung aller vorhandenen und zu erwerbenden Mittel einen solchen Feinde gegenüber in Frage kommen kann. Macht und der von Laten begleitete Wille zu ihrer rücksichtslosen Geltendmachung sind das einzige, was England und seinem Anhang noch zur Waise bringen kann! Die dafür wirksamen Waffen dürfen wir aber nicht nur in der Hand halten, sondern wir müssen sie mit allem nur möglichen Nachdruck auch gebrauchen!

Dieser Krieg, der die schwerste Prüfung bedeutet, die dem deutschen Volke je auferlegt wurde, wird nur dann und erst dann mit dem für unsere Zukunft erwünschten Ergebnisse zu Ende kommen, wenn England die ihm feigliche Tyrannei ermöglichte „Herrschaft“ über die Meere entrisen worden ist, wenn ihm also die deutschen Seemacht-mittel mit aller nur wünschenswerten Gründlichkeit die Erkenntnis einbläuen, daß seine Unantastbarkeit ein für allemal dahin ist!

Der Kriegszustand mit Portugal.

Saag, 10. März. (W.A.B.) Das Vaterland schreibt: Der Konflikt zwischen Portugal und Deutschland kann den Niederlanden wegen ihrer Schifffahrt nicht gleichgültig sein. Verschiedene niederländische Schifffahrtslinien u. a. nach Südamerika und Ostindien laufen Lissabon an. Die Frachtschifffahrt nach dem Mitteländischen Meer und der Levante muß sich über Portugal abwickeln. Die Ausdehnung des Unterseebootskrieges auf die Gewässer der portugiesischen Küste, bedeutet für diese Schifffahrt eine Vergiftung des Meeres, in dem sie bisher sicher war, mit einer Art von Kriegsführung, gegen die es für die Seeleute keinen Schutz gibt.

Portugals Streitkräfte.

Das portugiesische Meer ist das flächigste von allen, die man in Europa kennt. Mit dem Sturz des Königtums hat die Republik ein Milizheer geschaffen, das sich auf der allgemeinen Wehrpflicht aufbaut. Die Reute der ersten Linie, die dieser vom 20. bis 30. Lebensjahre angehören, werden in einem fünf- bis dreißigwöchigen Rekrutenkurs ausgebildet, dessen Dauer sich nach der Waffengattung bemittelt. Außer der ersten Linie ist noch die zweite Linie, die Reserve- und die Territorialarmee vorhanden. Die zweite Linie umfaßt Wehrpflichtige vom 30. bis 40. und die Territorialarmee solche bis zum 45. Lebensjahre. Die Kriegsstärke soll etwa 300 000 Mann betragen. Der Friedensstand ist auf rund 30 000 Mann festgesetzt. Nach dem letzten Nachweis sind aber nur rund 23 000 Mann wirklich in der ersten und zweiten Linie vorhanden, und wenn die Portugiesen wirklich im Kriegsfalle 200 000 Mann aufbringen, so wäre das bei den verhältnismäßig geringen schon unglücklich viel. Die portugiesische Flotte ist womöglich noch erbärmlicher. Das einzige Panzerschiff „Basco de Gama“ ist bereits 1876 vom Stapel gelassen. Alle übrigen Schiffe, vier geschützte Kreuzer, sieben Kanonenboote, etwa zehn Torpedobootsbräue und ein Unterseeboot befinden sich in einem traurigen Zustande. (N. V.)

Aus Berlin wird der Straßburger Post geschrieben: Zu welchen kriegerischen Maßnahmen gegen Portugal die deutsche oberste Seeresleitung greifen wird, werden wir wohl bald sehen, aber auch in Deutschland selbst gibt es Gelegenheit, die portugiesische Herausforderung wirksam zu beantworten. Zunächst wird man die in Deutschland sich etwa noch aufhaltenden portugiesischen Staatsangehörigen festnehmen und einsperren, wie man es auch mit den übrigen feindlichen Ausländern getan hat — gewohnheitsmäßig, nachdem die Engländer und Franzosen mit den Internierungen deutscher Männer, Frauen und Kinder vorgegangen waren. Zum minderen werden Freiheitsbeschränkungen mit regelmäßiger Annahmepflicht bei den Ortspolizeibehörden angeordnet werden. Der Bundesrat wird nicht säumen, ein Ausfuhrverbot auch gegen Portugal zu erlassen, die Internierungen portugiesischer Staatsangehöriger in Deutschland werden unter Zwangsverwaltung gestellt werden, man wird Einfuhrverbote gegen Waren portugiesischer Herkunft erlassen oder die bereits bestehenden erweitern und verschärfen. Gegen gewisse Südrüchte und Wein als entbehrliche Gegenstände bestehen schon seit dem 16. Februar d. J. Einfuhrverbote, die weniger als Kampfmittel denn als Maßregeln zur Besserung unserer Handelsbilanz dienen sollten. Auch Portugal war davon schon betroffen wie andere neutrale Staaten; nachdem sich aber Portugal unseren Feinden inzwischen zugesellt hat, könnte man eine besondere Strafliste gegen Portugal hinzufügen. Das wird denn wohl auch geschehen.

Der Krieg zur See.

Ein Luftangriff auf russische Kriegsschiffe im Schwarzen Meer.

Berlin, 10. März. (W.A.B. Amtlich.) Am 9. März vormittags wurde bei Kaliafra, nordöstlich von Varna im Schwarzen Meer, ein russischer Schiffsverband, bestehend aus einem Linienschiff, fünf Torpedobootsgerfordern und mehreren Frachtdampfern, von deutschen See-Flugzeugen angegriffen und mit Bomben belegt. Es wurden Treffer auf den Fernführern beobachtet. Trotz heftiger Beschichtung durch die Russen kehrten sämtliche Flugzeuge unversehrt zurück. Der Chef des Admiralties der Marine.

Zwei englische Kriegsschiffe durch Minen vernichtet.

London, 10. März. (W.A.B.) Die Admiralität teilt mit, daß der Fernführer „Coquette“ und das Torpedoboot Nr. 11 an der Dittist auf eine Mine liefen und versanken. Vier Offiziere und 41 Mann sind ertrunken.

Verseute Schiffe.

Von der schweizerischen Grenze, 10. März. (Gen.-Anz.) Laut Basler Blätter bezeichnen Zusammenstellungen, die von den Marinekritikern der englischen

Presse veröffentlicht werden, die Zahl der in der ersten Märzwoche versenkten englischen und nichtenglischen Schiffe um etwa 30 Prozent höher als im Durchschnitt der Vorwoche.

London, 10. März. (W.Z.V.) Lloyd's meldet: Die französische Viermastbarke „Bille de Savre“ wurde versenkt. Zwei Mann der Besatzung sind tot.

Churchill gegen die Admiralität.

London, 10. März. (W.Z.V.) Der parlamentarische Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, daß Churchill noch schwankt, ob er nach der Front zurückkehren soll.

Verschiedene Kriegsnachrichten.

Kriegsrat in England.

Von der Schweizer Grenze, 10. März. (Tel. G.S.G.) Dem Pariser Journal wird laut Köln. Zeitung aus London gemeldet: Ein wichtiger Kriegsrat fand in der Downingstreet unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten statt.

London, 10. März. (W.Z.V.) Der gestern abend veröffentlichte Vorrat für die Armee sieht einen Personalbestand von 4 Millionen Mann vor.

Die blasse Furcht hält Rußland von einem Sonderfrieden zurück.

Die bekannte amerikanische Zeitschrift Outlook hat in Petersburg einen Vertreter mit Namen Mason, der seiner Blatte Berichte aus der russischen Hauptstadt zusendet, die der Beachtung wert sind.

Keine wichtigen Nachrichten von den anderen Fronten.

Vom Balkan.

Berlin, 10. März. Die Bosphorische Zeitung meldet aus Zürich: Nach dem Blatte Embros sind auf Ghios schwere Unruhen ausgebrochen.

Krieg im Orient.

Türkischer Kriegsbericht.

Konstantinopel, 10. März. (W.Z.V.) Das Hauptquartier meldet: Nachdem der Feind an der Frontfront östlich von Zelahe keinen Erfolg mit seinen unvorbereiteten Angriffen hatte, hat er seit einem Monat zu allen möglichen Mitteln seine Anstrengungen gemacht, um sich unseren Stellungen zu nähern.

Deutschland.

Berlin, 11. März 1916.

SCC. Italiens Note.

Für das Kabinett Salandra-Sonnino sind kritische Tage gekommen. Die Gefahr für das Ministerium kommt weniger von den Sozialisten, gegen die sich Salandra so scharf gewandt hat, als von den „Interventionisten“, die bei dem Zusammenstoß in der Kammer scheinbar ganz unbeteiligt waren.

man scheint Salandra noch einen Ausweg zu haben. Er kann vielleicht den Kampf mit den Wölfen vermeiden, indem er sich gegen die Sozialisten wendet und ihre, auf ganz anderer Basis geführten Angriffe zum Anlaß nimmt, um sich für einige Zeit von der Kammer zu betreten.

Ausland.

Die Schweiz und der Krieg.

Bern, 9. März. (W.Z.V.) In der heutigen Sitzung des Nationalrats kam Bundesrat Hoffmann auf den Oberkurs zurück. Der General habe sich von Anfang an von dem Gedanken leiten lassen, die beiden Offiziere müßten aus dem Generalstab verschwinden, wobei aber ihr Auscheiden motiviert werden müsse.

Chronik des ersten Kriegsjahres.

11. März 1915. Englische Angriffe bei Neuve-Chapelle wurden abgewiesen. — Nördlich des Ringenwaldes wurden die Russen geschlagen. 4000 Gefangene, 3 Geschütze und 10 Maschinengewehre erbeutet.

England und die Dominions.

London, 10. März. (W.Z.V.) Bei einem zu Ehren des australischen Premierministers Hughes abgehaltenen Frühstück sagte Lord Lawton a. a.: Wir haben schon früher unsere Bereitwilligkeit gezeigt, die Dominions zu unseren Beratungen zuzulassen.

Eine Wahl in England.

London, 10. März. (W.Z.V.) Meldung des Reuterschen Büros. Bei der Ergänzungswahl in East Hertfordshire wurde der unabhängige Kandidat Peniston Billing mit 4500 Stimmen gewählt.

Japan und Amerika.

London, 9. März. (W.Z.V.) Meldung des Reuterschen Büros. Bei einem Reimarkt in Tokio am 6. März, an dem der Vizekonsul der Vereinigten Staaten und der japanische Ministerpräsident und der Minister des Auswärtigen teilnahmen, gab letzterer folgende Erklärung über die Japanisch-amerikanischen Beziehungen ab.

Der Aufstand in China.

Peking, 10. März. (W.Z.V.) Am 7. März eroberten die Regierungstruppen Nanchi (gegenüber Buchow). Der Anführer Jiao befindet sich mit den Meisten auf der Flucht, wird aber gerufen noch verfolgt.

Ämtliche Nachrichten.

Seine Ämtliche Hoheit der Großherzog hat sich bedauern gelassen, dem Großherzoglichen Kammerherrn und Kammerherrn Konrad Freiherrn Heinrich Adib von Coltenberg die unentgeltlich nachgeführte Erlaubnis zur Annahme des Hofamtiens zu verweigern.

Das Kaliber.

Aus den Papieren eines Kriminalbeamten. Novelle von Adolf Müllner.

1. Der Wald. Ein Astenband, den die Verlosung einer allem Anschein nach weitverbreiteten Gummibande seit einigen Wochen bis zur Unbequemlichkeit des pflichtmäßigen Lesers aufgeschwemmt hatte, hielt mich an meinem Arbeitsstisch bis zur Abenddämmerung fest.

Zeit schwerlich wiederherzustellen, und der nächste Kriminalbeamte des Nachbarkantons hatte mein Gesuch, das zohliche und müßige Grenzmittel desselben zur Reinigung der Waldung von gefährlichem Raubgeißel anzubieten, mit der Ausflucht abgelehnt, daß er wegen der, nach gegenwärtiger Einrichtung, beständigen Erzergezeit, es nicht wagen könnte, bei seiner Regierung auf eine solche Verwendung der Grenztruppen anzutragen, bevor nicht erwiesen worden, daß die mutmaßliche Gummibande den Scheidewald mit vergifteten Menschenblut bedeckt habe.

finden mag, der eben an der blutigsten Szene eines Räuberromans eines neuen großen Wanders arbeitete. Aus diesen ergötlichen Träumen weckte mich endlich mein Diener, indem er, die angezündete Schirmlampe vor mich hinsetzend, mir einen Fremden anmeldete, der in dringenden Angelegenheiten mich zu sprechen begehre.

Heinrich Albus, ist in diesem Augenblick — vor meinen Augen, an meiner Seite — von einem Räuber erschossen worden. „Wo?“ fragte ich rasch und unsehbar mit einem Tone, der ihn befremden mußte, da derselbe besser zu meiner oben erwähnten Schmachd nach einer Leichenaufhebung als zu jenem Entsetzen passen mochte.

